

Bezugsgebühr:
 Vierteljährlich 3 Mk. 50 Pf., halbjährlich 6 Mk. 50 Pf., jährlich 12 Mk. 50 Pf.
 Der „Dresdner Nachrichten“ ertheilt jedem Abonnenten ein Exemplar der Zeitung in Dresden und der nächsten Umgegend. Wo die Zeitung durch eigene Posten oder Kommissionäre erlangt, erhalten die Posten in Wiedersagen, die nicht auf 6000 oder 6000000 folgen, in zwei Exemplaren gratis und freigesandt.
 Die Abgabe einzelner Exemplare ist freibleibend.
 Preisproben sind:
 Blatt 1 Nr. 11 und Nr. 2006.
 Telegramm-Adresse:
 Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Meyer's Herren-Anzüge
 Konfirmanden-Anzüge
 fertig und nach Mass.
 Schlaierock-Meyer, 7 Frauenstrasse 7.
 Begründet 1856

Anzeigen-Carif.
 Die Aufnahme von Anzeigen erfolgt in der Druckerei...
 Preis pro Zeile...
 Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

C. A. Götze, Papierhandlung,
 Löbtau, Wildstrufferstrasse No. 4.
 Annahme von Inseraten und Abonnements für die „Dresdner Nachrichten“.

Das beste Mittel
 zu jedem Erwerb im Hause ist eine Strickmaschine.
 Dresdner Strickmaschinenfabrik.
 Irmscher & Co., Löbtau-Dresden.

MATTONI'S GISSHÜBLER
 Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk.
 HEINRICH MATTONI
 in Giesshubl Sauerbrunn.

Kunstcorsets
 zur natürlichen Ausgleichung unregelmässiger Körperformen
 fertigt als Spezialität in künstlerischer Vollendung Orthopäde

M. H. Wendschuch sen., nur Marienstr. 22b
 im Gartengrundstück, 200
 Sonntags geöffnet von 11-12 Uhr.

Nr. 52. Spinnel: Stand der Zolltariffrage. Verhandlungen, Landtag, Ausverkauf, Vorbereitungen, Antheilnahme, Witterung, Geistesverfassung, Sonnabend, 22. Februar 1902.

Für den Monat März
 Dresden und dessen Vororten
 Blasewitz, Plauen, Löbtau
 bei der Hauptgeschäftsstelle Marienstr. 38 und den allwärts befindlichen Annahmestellen zum Preise von 90 Pfennigen.
 Bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete werden Bestellungen zu 1 Mark, in Oesterreich-Ungarn zu 1 Krone 48 Hellern angenommen.
 Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.

Zum genannten Verhandlung der nunmehr geschlossenen Lage erhebt es angebracht, einen kurzen Rückblick auf den bisherigen Gang der Verhandlungen in der Kommission zu werfen und die Punkte, wo die Gesandten auf einander treffen, zu markieren. Die Kommission hatte bei dem Beginne ihrer Arbeiten vor etwa 6 Wochen den § 1 des Entwurfs eines Zolltarifgesetzes, der die am meisten umstrittene Frage der Mindestzölle für die vier Hauptgetreidearten enthält, zum Gegenstande gemacht, um zunächst den Rest der Vorlage zu erledigen. Der § 1 des Entwurfs, der jetzt eine kritische Besprechung der Verhandlungen herbeigeführt hat, bezieht sich auf die wesentlichen Punkte: „Für die nachgenannten Getreidearten sollen die Zollsätze des Tarifs durch vertragsmässige Abmachungen nicht unter die beizulegenden Höhe ermässigt werden: Roggen 5 Mark, Weizen und Speltz 5,50 Mark, Gerste 3 Mark, Hafer 5 Mark für einen Doppelcentner.“ Hierzu wurden in der Kommission folgende drei Änderungsanträge gestellt: 1. Der von 15 Mitgliedern der Kommission aus den Reihen der Konservativen, der Freikonserwativen, des Centrums, der Antiquitäten, der Polen und einem Nationalliberalen unterzeichnete Kompromissantrag (auch Antrag Gerold nach seinem ersten Unterzeichner genannt), nach dessen die Minimalhöhe für Weizen auf 6 Mark, für Roggen, Gerste und Hafer auf 5 1/2 Mark, sowie die Maximalhöhe für Weizen auf 7 1/2 Mark und für Roggen, Gerste und Hafer auf 7 Mark erhöht werden sollen; 2. ein Antrag der kessinnigen Abgeordneten Göttsch und Rückert zur Wiederherstellung der Höhe des alten Tarifs vor Abschluss der Handelsverträge unter Erreichung der Mindestzölle; 3. ein sozialdemokratischer Antrag Sebel, die Getreidezölle ganz aufzuheben. Den Kompromissantrag haben nicht unterzeichnet die Centrumsgesandten Heim und der Führer des Bundes der Landwirthe Freiherr von Wangenheim, weil sie der Meinung sind, die Kompromisshöhe seien noch nicht hoch genug; der einzige nationalliberale Unterzeichner ist der Abgeordnete Siep. Demnach stehen also folgende Zollsätze zur Verhandlung:

mühtigen Mühsal, die sich stets das Erreichbare zur Richtschnur einer praktischen Realpolitik legt, wirklich nur wünschen, daß die Landwirthe, wie Graf Bülow sagt, nicht das Beste zum Feindes des Guten machen und durch unerfüllbare Forderungen das Ganze gefährden möchten.“ Es lassen sich innerhalb der Landwirtschaft selbst Stimmen von Gewicht und Einfluß hören, die auf jeden Fall zu einer Verständigung rufen. So schreibt beispielsweise die „Veipz. Bzg.“, die doch gewiß als eifrige und wahrberühig Förderin aller berechtigten landwirtschaftlichen Bestrebungen bekannt ist: „Wenn die Landwirthe sich klar machen, welche Vorteile ihnen entgegen kämen, wenn die Zolltarifvorlage scheiterte, wenn sie sich überlegen, daß alsdann die laufenden Handelsverträge — auch die auf Weltbegünstigung beruhenden mit den Vereinigten Staaten und Argentinien — in Kraft bleiben, so würden sie einsehen, daß in der Zolltariffrage die Spekulation à la basso die schlechteste wäre.“ Ein gewisses Einlenken läßt denn auch bereits eine Meldung erkennen, laut welcher die Reichstagsparteien der Hoffnung Ausdruck geben, daß trotz der Erklärung des Grafen Boladowitsch die Regierung doch noch bezüglich eines oder anderer Mindestzölle den Reichstagsparteien entgegenkommen werde. Die Regierung habe nur — so wird geltend gemacht — den Kompromissantrag im Ganzen für unannehmbar erklärt, aber nicht jede andere Erhöhung, wie beispielsweise die des Gerstenzolls um 1 Mark, während der Kompromissantrag ihn um 2 1/2 Mark erhöhen wollte. Auch nach dieser Richtung werden die Verhandlungen bald gelöst werden. Von hier bis zur Annahme der Zollsätze des Entwurfs dürfte der Weg am Ende nicht gar so schwer zu finden sein, selbst dann nicht, wenn man die inzwischen in der Zolltarifkommission abgegebenen Erklärungen des Freiherrn v. Wangenheim, des Führers des Bundes der Landwirthe, mit in Rechnung zieht.

Die Erklärung der Regierung in der Zolltarif-Kommission.

Die Regierung hat in der Zolltariffrage den Rubicon überschritten; die längst als ernüchtert bezeichnete Stimmung der Lage ist endlich erfolgt und alle Parteien wissen nun, woran sie sind. Es giebt kein Schwanken und Wanken, kein Zagen und Zaudern mehr; klar und deutlich, mit direktem, feines Doppelsinnes löbigen Worten hat Graf Boladowitsch in der Zolltarifkommission des Reichstags den amtlichen Standpunkt dahin präcisiert, daß die Zollsätze des Entwurfs für Getreide die äußerste Grenzlinie darstellen.

Mit welcher Spannung man in Reichstagskreisen den vorher angekindigten Eröffnungen des Grafen Boladowitsch entgegen sah, bemerkt der Umstand, daß das Plenum unter dem Einbrüche der erwarteten Rundgebung noch mehr als sonst beachtet und einer Wüste Sahara gleich und sogar die Budgetkommission ihre Sitzung unterbroch, während der Kommissionsaal vollgeprobt von Abgeordneten aller Parteien war und die Menge der Anwesenden kaum zu lösen vermochte. Die bisher nur kurz skizzierten Ausführungen des Herrn Staatssekretärs des Reichsamts des Inneren lauteten, soweit sie nicht vertraulicher Art waren, nach den vorliegenden Berichten des Näheren folgendermaßen: „Der deutsche Handel hat sich auch unter der Geltung eines 5 Mark-Zolles für Roggen früher gedeihlich entwickelt. Die Kaufkraft des Landes hat nicht nachgelassen, die Kriminalität ist nicht gestiegen, die Volkswirtschaft nicht zurückgegangen; kurz, alle Verhältnisse, die an die Einführung eines 5 Mark-Zolles für Roggen geknüpft wurden, sind durch die Thatfachen nicht bestätigt worden. Es geht nicht an, bei Erörterung der Getreidezölle auf Irland oder Dänemark zu exemplifizieren, da in beiden Gebieten die Verhältnisse ganz anders liegen als bei uns. Das „grüne Irland“ ist durch den Golfstrom begünstigt und die Landwirtschaft hat dort deshalb vorwiegend mit Weideland zu rechnen, ähnlich wie in Dänemark und Oldenburg, wo die Marichen ihrer Natur nach zu Weideland geschaffen sind. Für die Regelung unserer Zollsätze können nur die Bruttoerlöse der Erzeugung dieselben sind und jenseits der Grenze maßgebend sein.“ Nach der hierauf abgegebenen Erklärung über die „äußere Grenzlinie“, die für die Regierung in den Sätzen des Entwurfs enthalten sei, fuhr der Staatssekretär fort, die Festlegung von Minimalhöhen für vier Getreidearten solle nur eine feierliche Kundmachung der Absicht der Regierung sein, unter jene Höhe bei Handelsverträgen nicht hinunter zu gehen; vier Minimalzölle machten aber noch keinen Doppeltarif aus. Im Tarifentwurf seien die verschiedenen inländischen Interessen gegen einander abgemessen worden. Nachdem nun aber einmal diese Ausgleiche der Interessen im Tarifentwurf festgestellt habe, auf Grund aufrichtigsten Wohlwollens für die landwirtschaftlichen Interessen und nach reichlicher Prüfung aller in Frage kommenden Verhältnisse, müsse es „als durchaus ausgeschlossen“ bezeichnet werden, daß die Minimalzölle, dem Antrag Gerold entsprechend, erhöht würden. Sollte die Mehrheit des Reichstags um jeden Preis hohe Zölle aufrecht erhalten, dann müsse sie das System der Minimalzölle ganz lassen lassen und Alles dem Belieben der Regierung anheim stellen. Zum Schluß suchte der Staatssekretär noch eine Rede des Fürsten Bismarck, die sich auf die bei einem Handelsvertrage mit Frankreich wahrzunehmenden Gesichtspunkte bezieht, zur Führung des Reichstags zu verwenden, daß staatspolitische und handelspolitische Fragen sich „innig mit einander verknüpfen“; eine Auffassung, die Fürst Bismarck allerdings im Allgemeinen nicht geteilt hat, wiewohl er sie im Einzelnen und zumal Frankreich gegenüber ja inwieweit mit herangezogen haben mag. — Nachdem Graf Boladowitsch die Stellungnahme der Regierung entwickelt hatte, gab es noch eine Gesichtspunktdebatte, in deren Verlauf Graf Schwenke in der Absicht Ausdruck verlieh, daß die weiteren Verhandlungen „Selbstverleumdung“ seien.

Getreide	Mindestzoll	Maximalzoll	Veränderung
Roggen	5 Mark	6 Mark	+ 1 Mark
Weizen	5,50 Mark	7,50 Mark	+ 2 Mark
Gerste	3 Mark	4 Mark	+ 1 Mark
Hafer	5 Mark	7 Mark	+ 2 Mark

Die Kommission aus der jetzigen Wendung glaubte der Centrumsgesandte Heim in der Kommission dahin ziehen zu wollen, daß er der Regierung alle Schuld an dem etwaigen Scheitern der Vorlage zuschob. In ähnlichem Sinne äusserte sich auch das Organ des Bundes der Landwirthe, die „Leitende Tageszeitung“. „Wenn ein Staatsmann sich die allergrößte Mühe geben würde, kein Werk, weil es ihm nicht mehr gefällt, selbst zu Falle zu bringen, so könnte er keinen besseren und sichereren Weg einschlagen als den, welchen Graf Boladowitsch getreten gegangen ist. Anders ist keine Erklärung beim besten Willen nicht zu deuten. Man muß also auch annehmen, daß die Staatsmänner des Reichs bereit sind, die Verantwortung für diesen Schritt zu übernehmen. Um diese Verantwortung wird sie Niemand befehlen, denn sie ist so folgenreich wie nur irgend denkbar. Wenn kein Zolltarifgesetz und kein Zolltarif und keine Handelsverträge zu Stande kommen, so liegt die Schuld ausschließlich bei der Regierung, welche der Meinung zu sein scheint, daß die Gebude des deutschen Volkes und zwar des gesammten erwerbsfähigen Volkes, nicht nur der Landwirtschaft, unerwünscht ist. Daß diese Meinung durchaus irrig ist, wird die nächste Zukunft lehren.“ Unmittelbar vorher, ehe die Erklärung des Grafen Boladowitsch bekannt geworden war, hatte indessen dasselbe Blatt in einer Besprechung des Kompromissantrags ausdrücklich erklärt: „Auch wir geben zu, daß die berechtigten Wünsche und Forderungen der Landwirtschaft voraussichtlich nicht vollkommen erfüllt werden können. Auch wir weisen Verhandlungsvorschläge nicht von der Hand.“ Die „Kreuzzeitg.“ sieht sich endlich unbeschuldig und erklärt resignirt, wenn diese Erklärung das letzte Wort der Regierung bedeute, so möchte sie allerdings ihre Hoffnung, daß überhaupt etwas zu Stande komme, „bedeutend herabsetzen“. Die ultramontane „Germania“ sieht die Lage als kritisch an, während die rechtsliberalen Blätter mit ihrem Verbleib vorläufig noch zurückhalten. Lediglich Elber, die Situation zu ihren Zwecken auszunutzen, zeigt die freihändlerische Presse; ihre Freunde über das vorläufige Zerwürfniß zwischen Regierung und schützjülicherer Mehrheit wuß aber einigermassen durch die Befürchtung getrieben, daß am Ende doch noch eine goldene Brücke der Verständigung von dem Kompromissantrage zu der amtlichen Stellung hinüberzuführen könne. Die „Nat.-Bzg.“ giebt der Regierung zarte Andeutungen über die Art, wie sie künftig eine der besonderen Richtung des Blattes genehme Handelspolitik werde treiben können, und sieht schon im Geiste eine Entwickelung kommen, die der verhassten „Agrar-demagogie“ den Todesstoß verleiht.

Neueste Drahtmeldungen vom 21. Februar.

(Nächst eingehende Telebefehle befinden sich Seite 4.)
 Berlin, (Priv.-Tel.) Mittwoch. Die Beratung des Militäräretats wird fortgesetzt. Beim Kapitel Offiziere der Artillerie wird die Forderung für einen neuen Abtheilungschef beim Militärärztlichen geteilt. — Auf eine Anregung des Abg. Certeil-Sadich erklärt Major Graf Sigmund v. Eschsch, der kaiserliche Kriegsminister werde sehr gern bereit sein, die Frage einer Gleichstellung der Kapitulanten des kaiserlichen Kriegsministeriums mit denen des Preussischen zu prüfen. — Geh. Rath Herz zum Reichsdayamant bemerkt noch: Bei der Gehaltsregulierung 1897/98 habe der Reichstag ausdrücklich diese differenzielle Bemessung der Gehälter der Kapitulanten in Berlin und Dresden beschlossen und trotzdem sei keinerlei Antrag auf Anhebung zu einer Anhebung an das Gehalt gelangt. — Beim Kapitel Militärärztliche Verwaltung erklärt Abg. Kirch (Centr.) die Vorgänge bei dem Oberbefehlshaber der Militärärztlichen Verwaltung zur Sprache. Der Oberbefehlshaber Schummler sei verhaftet worden, obwohl er zu wiederholten Malen gegen die Verhaftung protestirt habe. — Geh. Kriegsath Wolt. Die Affen über den Fall haben auch noch nicht vorgelegen. Grundtendenz kann die Verhaftung nicht als unzulässig bezeichnet werden, denn ein Verdacht lag gegen den Oberbefehlshaber vor, und es handelte sich doch um ein Verbrechen. Ob die Haft über Gebühr in die Länge gezogen worden ist, wird vom Kriegsminister geprüft werden, und sollte sich dies bestätigen, so wird jedenfalls dafür gesorgt werden, daß zu etwas nicht wieder kommt. — Bei einem weiteren Kapitel äußert Abg. Willel-Sagan seine Gemüthsmeinung darüber, daß die Weh- und Landesärzte endlich Gehaltszulagen erhalten hätten, die freilich noch nicht so hoch bemessen seien wie in Bayern. In der Zeit sei es aber, auch bei den Garnison- und Lazarethverwaltungen angemessene Verbindungen festzusetzen, namentlich müssen die Gehälter der Zahnärzte aufgebessert werden. — Geh. Rath Herz, als 1897/98 die allgemeinen Gehaltsverbesserungen stattfanden, da bestand allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß die Gehaltsverbesserungen einseitig für abgeleitete adten sollten. Sie jetzt bei einer oder der anderen Beamtenkategorie wieder anzunehmen, dazu liege um so weniger Anlaß vor, als alsdann andere Kategorien wieder mit gleichen Wünschen nachkommen müßten, wo jetzt die Finanzlage ohnehin keine günstige ist. — Abg. Müller-Sagan und Werner beitreten, daß 1898 allgemeine Uebereinstimmung darüber herrschte haben solle, daß allgemeine Gehaltsverbesserungen abgeschlossen seien. Das werde in doch schon widerlegt durch die seitdem beschlossenen Gehaltszulagen für die Hofärzte. — Abg. Certeil-Sadich (Centr.) wolle im Interesse der Erhaltung eines guten Unteroffizierskorps auskömmlichere Zulagen für die Unteroffiziere aller Kategorien. Sei doch in der Presse neuerdings wieder die Behauptung eines Unteroffizierskorps ausgetreten, der allerdings in offiziellen Kreisen in Abrede gestellt worden sei. Es wäre erwünscht, darüber authentischen Aufschluß zu erhalten. Besonders notwendig sei eine Aufbesserung der Bezüge der älteren Feldweibel, der Kompagniewärter, und der Bezirksfeldweibel. — Major Graf Eschsch erwidert: Wie schon in der Budgetkommission mittheilt worden sei, sei von einem Unteroffiziersmangel nicht die Rede, auch alte Unteroffiziere haben wir genug, jedoch wir auch, ganz abgesehen von der Finanzlage, keine Veranlassung haben, jetzt die Bezüge anzubessern. — Beim Kapitel Pferdebeschaffung fragt Abg. v. Wallow (Centr.), wie es mit den Aufkäufen englischer Agenten in Deutschland stehe, von denen in der Presse die Rede gemeinlich sei. Man habe von 10000 Pferden gesprochen. Das halte er ja nun für übertrieben. In unserem Offizierskorps herrsche ein beständiger Mangel an schöner Reiterei, was auch die Pfanzenart beweisen, so der von Berlin nach Rom und der von Wien nach Berlin, bei welcher letzteren sich ein Hohenollernpropfen ehrenvoll auszeichnet habe. Sebel habe kein Recht, das Offizierskorps so anzugreifen, wie er es gethan, auch nicht wegen der Spielvergnügte, bei denen die Verführer schlummer seien als die Verführten. Sebel habe sich geirrt, daß er ihn nicht...